



6. Mai 2019 | 18 Uhr
Mit anschließendem Umtrunk

Universität zu Köln

Seminarraum S183 im Modulbau der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu
Köln (Herbert-Lewin-Str. 10, 50931 Köln)

Das (vermeintliche) Demokratiedefizit der Europäischen Union. Wie kann Demokratie in multinationalen Gesellschaften funktionieren?

Podiumsdiskussion

Dr. Claudia Heffler (DLR)

Das vermeintliche Demokratiedefizit der Europäischen Union

Benedikt Pocha (SPD Bonn)

Mehr Demokratie wagen in Europa

Stefan Haußner (Universität Duisburg-Essen)

Die Wahlen zum Europäischen Parlament und deren Bedeutung

Prof. Dr. Dirk Roctus (Katholieke Universiteit Leuven)

Demokratie in multinationalen Gesellschaften: Der Fall Belgiens

Johannes Müller Gómez (Université de Montréal & LMU München)

Demokratie in der EU und Kanada im Vergleich

Moderation

Alina Thieme (Universität zu Köln)



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Gefördert von und in Kooperation mit

Minister für Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie Internationales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Die Podiumsdiskussion wurde von *Alina Thieme*, COMOS & Universität zu Köln, moderiert. Zu Beginn führte sie in das Thema „Das (vermeintliche) Demokratiedefizit der EU“ ein und stellte den aktuellen Hintergrund dar: In der öffentlichen und politischen Debatte wird die EU regelmäßig wegen ihres vermeintlichen Demokratiedefizits kritisiert. Besonders mit Blick auf die Europawahlen 2019 ist ein Grundverständnis der EU, der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten und der relevanten Rolle des Europäischen Parlaments unabdingbar. Der Ausgangspunkt der Podiumsdiskussion ist die Erfahrung, dass die Funktionsweise der EU und von Demokratie auf EU-Ebene durch den Vergleich mit Ländern, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen oder einen ähnlichen institutionellen Aufbau aufweisen, erfolgreich begreifbar gemacht werden kann.

Claudia Heffler, COMOS & DLR, beschäftigte sich mit der theoretischen Einordnung des Demokratiedefizits der EU. Hierzu versuchte sie vorab, eine Definition für die Konzepte Demokratie und demokratische Legitimität zu finden. Kriterien können unter anderem über die Konzepte Konsensus- und Mehrheitsdemokratie abgeleitet werden.

Auf der einen Seite wird Legitimität in einer Konsensdemokratie dadurch erreicht, dass möglichst viele Personen am Entscheidungsprozess partizipieren und mehrere Vetospieler gegeben sind. Mit Blick auf die EU, würde nach Heffler kein Demokratiedefizit im Sinne einer Konsensdemokratie bestehen, da in der Entscheidungsfindung oftmals ein Konsensus präferiert wird. Dieses Konzept bildet jedoch nicht den komplexen politischen Entscheidungsprozess der EU ab.

Auf der anderen Seite basiert Legitimität in einer Mehrheitsdemokratie auf der Durchsetzungskraft einer gewählten Mehrheit und kann auf Kosten von Minderheiten entstehen. In diesem Zusammenhang kann ihrer Meinung nach von einem Demokratiedefizit gesprochen werden, da es an einer starken Opposition auf EU-Ebene fehlt und regelmäßige Machtwechsel nicht stattfinden. Darüber hinaus haben Wahlen nur bedingt Einfluss auf die Regierungsbildung.

Als Fazit forderte sie eine lebendigere Opposition für mehr Demokratie in Europa.

Stefan Haußner, Universität Duisburg-Essen, griff die Aktualität der bevorstehenden Europawahlen auf und versuchte mögliche Koalitionsmuster innerhalb des Europäischen Parlaments (EP) nach den Wahlen auszumachen.

So sei es wahrscheinlich, dass EVP¹ und S&D² erstmals seit 1979 keine eigene Mehrheit gewinnen würden. Darüber hinaus würde dadurch bedingt, dass Mehrheiten stärker gesucht werden müssten, die großen Fraktionen Vorschläge aufgrund der hohen Stimmverluste nicht mehr alleine durchbringen könnten.

¹ Europäische Volkspartei

² Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Haußner beschreibt den prognostizierten Stimmenzuwachs des rechten Spektrums und den damit steigenden Sitzanteil Euroskeptischer Bewegungen als ein „Paradox“, das im schlimmsten Fall zu einer Lähmung des Europäischen Parlaments führen könnte. Ein Zusammenschluss rechter Parteien sei allerdings unwahrscheinlich.

Mit Blick auf die zu erwartende Stimmverteilung und der Prämisse, dass das EP sowohl funktionfähig sein sollte als auch plurale Interessen abbilden sollte, konstatiert Haußner, dass eher der zweite Fall nach der EP-Wahl eintreten würde.

Seiner Meinung nach gehen die Wahlen 2019 allerdings gegen das Demokratiedefizit vor, anstatt dieses zu verschärfen.

Dirk Rochtus, Katholieke Universiteit Leuven, beleuchtete unter Berücksichtigung der Fragestellung der Podiumsdiskussion – wie kann Demokratie in multinationalen Gesellschaften funktionieren? – den Fall Belgiens. Er gliederte seinen Vortrag in drei Fragen auf.



Wie sieht ein multinationaler Staat aus? Belgien war früher ein unitarischer Staat. Die Entwicklung Belgiens ist allerdings durch starke Konfliktlinien (Sprache, Wirtschaft und Ideologie) gekennzeichnet. Inzwischen gibt es verschiedene politische und sozioökonomische Landschaften, die es so in einem homogenen politischen System nicht geben würde. Der vorherrschende Föderalismus ist

zentrifugal-artig, d.h. die Regionen Belgiens fordern mehr Zuständigkeiten, woraufhin der Staat immer mehr Kompetenzen abtritt. Darüber hinaus verfügen die Regionen Belgiens über eigene Medienlandschaften, wodurch wenig Kommunikation zwischen den Gruppierungen zustande kommt. Zudem sind die unitarischen Parteien regionalisiert worden.

Was bedeutet das für die Demokratie? Rochtus stellte die These auf, dass das belgische System nur funktioniert, solange Konsens im politischen Entscheidungsprozess angestrebt wird. Dies ist allerdings durch Sprachbarrieren und die Regionalisierung der Parteien nicht gegeben. Demzufolge bezeichnete er Belgien als Dissensdemokratie.

Was können wir daraus für die EU lernen? Aus der sprachlichen und ideologischen Grenze Belgiens könne man Parallelen zu Nord- und Südeuropa ziehen. Dadurch, dass sowohl die Wallonie als auch Flandern sehr unabhängig sind und eigene Regierungen stellen, agieren diese eher wie Mitgliedstaaten

in der EU. Darüber hinaus gibt es genau wie in der EU keinen einheitlichen öffentlichen Raum. Die Konsensfindung erfordert einen Willenbildungsprozess, der in Belgien genau so schwierig zu realisieren ist, wie in der EU.

Rochtus schlussfolgerte, dass man Belgien als EU im Kleinen oder Europa als Belgien im Großen betrachten kann.

Benedikt Pocha, SPD Bonn, stellte unter dem Thema „Mehr Demokratie wagen in Europa“ eine praktische Perspektive auf das Demokratiedefizit der EU dar. Hierfür präsentierte er institutionelle Reformvorschläge, die im Rahmen des Arbeitskreises Europa der SPD Bonn erarbeitet wurden. So vertrat er die Position, dass ein Demokratiedefizit in der EU



bestehe und es notwendig sei, diesem mit institutionellen Reformen zu begegnen. Dies soll erstens über eine Stärkung des EPs geschehen: So soll nicht nur die Kommission, sondern auch das EP mit einem Initiativrecht ausgestattet werden. Darüber hinaus könne die Einführung von transnationalen Listen dem bestehenden Demokratiedefizit entgegen wirken und dabei helfen, das Spitzenkandidatenprinzip zu etablieren. Als drittes forderte er zusätzlich zum Rat der EU die Einführung eines Europäischen Senats, da der Ministerrat zu intransparent und nicht ausreichend legitimiert sei.

Johannes Müller Gómez, Université de Montréal & LMU München, verglich das demokratische System Kanadas mit der EU. Kanada setzt sich aus zehn Provinzen zusammen, die an sich weniger heterogen sind als die Mitgliedstaaten der EU. Trotzdem gibt es wie auch in der EU verschiedene Identitäten, die im kanadischen System integriert werden müssen. Zudem bestehen sowohl in der EU als auch in Kanada Bewegungen, die das System in Frage stellen und nicht als legitim erachten.

Müller Gomez fokussierte sich in diesem Zusammenhang auf zwei Aspekte: Zum einen geht es um die Fragen, inwieweit regionale Identitäten und Interessen auf Bundesebene in Kanada bzw. auf EU-Ebene vertreten werden. Inwieweit haben die BürgerInnen der EU und Kanadas das Gefühl haben, dass „Brüssel“ und „Ottawa“ ihre Interessen vertreten. Auf der EU-Ebene ermöglichen der Ministerrat und der Europäische Rat diese regionale bzw. nationale Interessensvertretung. In Kanada fehlt es an einer Institution auf Bundesebene, die regionale Interessen vertritt.

Der zweite Aspekt betrifft die Klarheit der Zuständigkeiten innerhalb der politischen Systeme: Wer ist für was zuständig, sind Entscheidungen auf Regierungsebene nachvollziehbar und kann ich darauf basierend meine Wahlentscheidung treffen? In der EU ist dies oftmals nur unzureichend gegeben, da Entscheidungen oftmals im Rahmen von geteilten Kompetenzen der Mitgliedstaaten und der EU getroffen werden. Das kanadische System gestaltet sich hinsichtlich dieses Punktes transparenter, da eine klare Aufteilung zwischen den nationalen und regionalen Kompetenzen existiert.

In der anschließenden offenen Diskussion wurden insbesondere die folgenden Fragen aus und mit dem Publikum erörtert: Ist es sinnvoll einen Senat einzuführen – werden dadurch wirklich mehr BürgerInnen in der EU erreicht? Sollte man vor dem Hintergrund des Demokratiedefizits die informellen Triloge wirklich beibehalten – oder vielleicht zumindest transparenter gestalten? Wie erreicht man die BürgerInnen, um der sinkenden Wahlbeteiligung entgegen zu wirken?